

Berantwort. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Ml.  
wiederholt; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petizelle oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

### Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die außwärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneut zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Übermittlung wir ein eigenes Büro in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bezugserlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern bietigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Warene- und Handelsbörsen bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den bietigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermittelt.

### Die Redaktion.

### Die Reichsfinanzen.

Wenn in einer vielfach für informiert gehaltenen Korrespondenz behauptet wird, daß ein Reichsfinanzgesetz nicht wieder vorgelegt und auch im übrigen der Reichssteuerplan wesentlich eingeschränkt werden soll, so sind wir auf Erklärung in der Lage mitzuholen, daß Beschlüsse in der Sache noch an keiner Stelle gefaßt sind. Es unterliegt wohl auch keinem Zweifel, daß, wenn über die in dieser Hinsicht zu treffenden Schritte Beschlüsse gefaßt werden, dieser Beschluß nicht im Sinne jener Ausdeutungen gefaßt werden wird. Dass der Finanzplan in dem einen oder andern Punkte auf Grund der gemachten Erfahrungen abzuändern sein mag, kann zugegeben werden. Dies gilt insbesondere auch von der Frage, ob überhaupt und in welcher Höhe den Bundesstaaten ein Mindestüberschuss der Ueberweisungen über die Matrizenumlagerung gewährt werden ist. Anders liegt aber die Sache betrifft des grundsätzlich wichtigsten Punktes der Finanzreform, der Herstellung einer festen Abgrenzung zwischen den Finanzen des Reichs und den Bundesstaaten, dahin, daß jenes zur Bedeckung seines Ausgabebetrags nicht auf die Finanzen der Bundesstaaten zurückgreift, sondern sich die erforderlichen Einnahmen selbst schafft. Über diesen Punkt herrsche nicht nur seitens der Reichsregierung und aller verbündeten Regierungen die vollständige Übereinstimmung der Ausschaffung. Auch innerhalb des Reichstages wie sonst in der Debattheit ist, wie immer im übrigen die Ansicht über die Finanzreform und die Beschaffung der erforderlichen Mittel auszuändern, die Nichtigkeit des Gedankens einer solchen reinlichen Scheidung zwischen Reichs- und Staatsfinanzen und die Notwendigkeit seiner Durchführung im nationalen Interesse voll anerkannt worden.

Namens der verbündeten Regierungen ist denn auch noch am Schlüsse des letzten Reichstages schriftlich und bildlich erklärt worden, daß sie mit aller Entschiedenheit im nationalen und finanzpolitischen Interesse des Reichs wie der Bundesstaaten an der Notwendigkeit festhielten, zur Erhaltung eines geordneten Finanzwesens des leeren ihres Sicherstellung vor der wechselseitigen Einwirkung der Aufsicht der Reichsregierung zu schaffen. Darüber, daß inzwischen Umstände eingetreten seien, welche zum Aufgeben des so entschieden befindlichen Standpunktes seitens des Reiches oder der Bundesregierungen Anlaß böten, ist, wie wir ausdrücklich konstatieren wollen, nicht das Mindeste bekannt. Wohl aber muß für die preußische Regierung in der mit großer Mehrheit von beiden Häusern des Landtages beschlossenen Zustimmung zu demselben ein weiterer Anlaß liegen, an jenem Standpunkt festzuhalten. Ob tatsächliche Erwägungen eine andere Disposition der Kampagne empfehlenswert erscheinen lassen, mag dahin gestellt sein. Sicher aber ist, daß von einem endgültigen Fassenlassen des Keerpunktes der Reichsfinanzreform nicht die Rede ist und nicht die Rede sein kann.

### Deutschland.

△ Berlin, 14. Juni. König Oskar von Schweden trifft heute Nachmittag 4 Uhr 30 Minuten in Potsdam ein, wird von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen und ins Neue Palais geleitet werden, wo Familienfest stattfindet. Abends 9 Uhr beginnt sich König Oskar nach Berlin und übernachtet im königlichen

Schlosse. Morgen Mittag wird er über Hamburg nach Stockholm weiterreisen.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Kommandeur des englischen Regiments 1. Royal Dragoons, Oberstleutnant Tomlinson, eine goldene und dem Rittmeister MacMahon eine silberne Zigarrendose überreicht. Dem Premierleutnant Prinzen v. Teck ist der Rote Adlerorden 1. Klasse verliehen worden. Die

Oberstleutnant von dem Kreisbeck erhält von der Königin von England die Insignien des militärischen Bathordens 3. Klasse.

In einem Artikel in leitender Stelle berichtet die „Nord. Allg. Zeit.“, es seien die Untersuchungen über die Form einer anderweitigen Besteuerung des Brautweins keineswegs abgeschlossen und es könne keine Rede davon sein, daß diesbezüglich schon Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen stattgefunden haben. Die Regierungen halten fest an dem Ziele, die Sicherung der Brautweinbrennerei als eines landwirtschaftlichen Nebengewerbes zu erreichen.

Nach der „Deutschen Warte“ verkauft die Reichsregierung zum jetzigen Preise kein Silber.

Am gestrigen Nachmittag verließ der Kaiser im Arbeitszimmer des Neuen Palais und erlebte Regierungs-Angelegenheiten. Abends 8 Uhr ersprach der Kaiser einer Einladung des großbritannischen Botschafters am hiesigen Hofe Sir Edward Malet zum Diner in dessen Villa zu Potsdam und lebte von dort um 11 Uhr nach dem Neuen Palais zurück. In den heutigen Morgenstunden arbeite der Kaiser zunächst allein, nahm um 9 Uhr den Vortrag des Kriegsministers General der Infanterie Bressart von Schellendorf entgegen und arbeite hieran längere Zeit mit dem Chef des Militär-Kabinets Adjutanten General der Infanterie von Hohule. Um 11 Uhr wurde der anberorente Gefandte und bevollmächtigte Minister am Königlich Sachsenhof empfangen. Zur Frühstückstafel beim Kaiserpaare waren der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin geladen, welche kurz nach 1 Uhr zu einem Besuch im Neuen Palais eintrafen. Die von anderer Seite gemeldete Nachricht, daß der Kaiser heute sich die neue Besteuerung der Schutztruppe für Südwest-Afrika vorstellen lassen werde, ist nicht zutreffend. Diese Vorstellung wird erst morgen Freitag, Nachmittags 3 Uhr, an der Gartenseite des Neuen Palais stattfinden, zu welchem Zwecke die erwähnte Erklärung — 8 Offiziere und gegen 250 Mannschaften — sich mittels Bahn nach der Wildparkestation begibt, dagegen 2 Uhr 25 Minuten eintrifft und nach dem Neuen Palais marschiert. Um 5 Uhr 12 Minuten Nachmittags erfolgt von der Wildparkestation die Rückfahrt der Verstärkungsgruppe nach Berlin. Die Kaiserin begab sich heute früh mit dem Fahrplännern zu Zug um 8 Uhr 3 Minuten in Begleitung des Kammerherrn vom Dienst Freih. v. d. Kusebeck, der Oberhofmeisterin Gräfin von Brodorff, sowie der Hofdamen Fraulein von Gersdorff und Gräfin von Bassewitz von der Wildparkestation nach Berlin, wohin hier einer Sitzung des Vorstandes des Bayerischen Frauen-Vereins im Elisabethsaal des königlichen Schlosses bei und fuhr um 11 Uhr 25 Minuten nach Potsdam zurück.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, v. Heyden, hat, wie der Reichs- und Staatsanzeiger meldet, unter dem 7. Juni nächstehenden Erlaß an sämtliche landwirtschaftliche Zentral- und Provinzial-Vereine gerichtet:

Unter den Quellen des Realredits nehmen in Preußen die Sparkassen eine bedeutsame Stelle ein. Nach der letzten im Ministerialblatt für die innere Verwaltung 1893 Seite 197 ff. veröffentlichten Übersicht belief sich die Gesamtanlage der Sparkassen in Hypotheken auf 1896 Millionen Mark, also etwas mehr wie der Geschäftsbilanz der preußischen Landschaften. Da

der entstehende Betrag der Vertrag von 25 Millionen Mark und nach Abzug des Hypothekanteiles der für das Folgende nicht wesentlich in Betracht kommenden Vereins- und Privatsparkassen noch der Vertrag von 838 Millionen Mark. Daß diese erheblichen Summen den kreditbedürftigen Grundbesitz thunlich auch in einer Form zugeführt werden, welche den wirtschaftlichen Bedürfnissen derselben entspricht, erscheint daher in hohem Maße bedeutsam.

Der Herr Minister des Innern hat auf meine Anregung die in einem Abriss beifolgende Verfügung vom 19. Dezember 1893 an die Herren Ober-Präsidenten erlassen, in welcher für die hypothekarische Auslegung der Sparkassenbestände die Form der Amortisationshypothek mit dem Ziele einer allmäßigen Schuldenentlastung des Grundbesitzes empfohlen und zugleich die Art und Weise der Durchführung näher erläutert wird. Insbesondere ist darauf hingewiesen, daß es zulässig ist, für Amortisationsdarlehen einen geringeren Zinsfuß festzusetzen als für gewöhnliche Hypothekendarlehen, um die Gesamtbelastung des Schuldners in mäßigen Grenzen zu halten, und daß dem Schuldner unter gewissen Einschränkungen der Rückgriff auf sein angehäuftes Amortisationsguthaben gestattet werden kann. Letzterer Punkt erscheint deshalb von Wichtigkeit, weil dadurch dem Schuldner im Falle eines vorübergehenden Geldbedarfes der Kredit der Sparkasse zugänglich gemacht wird, übertragen. Der Entwurf der Kongoeisenbahn hat 300 000 Franks gelöst, ist aber für 2 Millionen Franks gekauft worden. Alle diese

Hypothekendarlehen betreffen einen ausgedehnten Negerhandel und suchen die Antislavereibewegung zu hinterreiben. Die Kongoeisenbahn betreibt besonders in Dahomey einen großen, plattmäßigen Negerhandel und hat eine ganze Reihe Agenten angeworben, welche die Metzgerung der sogenannten freiwillig angeworbenen Neger betreiben.

Bei diesem Negerhandel sei durch schriftliche Verträge des Majors Thys ausbedungen gewesen, daß für die drei Männer und selbst für je fünfzehn Männer ein Preis geleistet werden müßt. Die Handelsgesellschaften tauschen von den Arabern Sklaven,

die sie als solche und bezahlen ihre farbigen Arbeiter mit Schnaps; sie betreiben mit den arabischen Sklavenjägern und Negerhändlern einen ausgedehnten Handel in Luxuswaren; sie fälschen die Negerkontakte. Überdies werden am Kongo

Sparkassen vermittelten unzweckhaften Vorzug, Demgemäß ist auch in der angekündigten Ver-

fügung darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe der öffentlichen Sparkassen sein kann, mit den bestehenden Grundkreditinstituten in Konkurrenz zu treten. Unbeschadet dessen beweist die bedeutende Finanzprägnanz der Sparkassen für den Neutralitätsstaat, daß das vorhandene Bedürfnis in den bestehenden Grundkreditinstituten nur zum Theil seine Befriedigung findet. Namentlich ist in verschiedenen

Gegenden der bayerischen Wirtschaft in hohem Maße bei den Sparkassenhypotheken beteiligt. Das Bestreben, diese Hypotheken in Amortisationshypotheken umzuwandeln, verdient daher die thunlichste Unterstützung der landwirtschaftlichen Kreise. Es wird sich einmal darum handeln, daß die in den Sparkassenverwaltungen hütigen Landwirthe die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Statuten, soweit solche Bestimmungen bisher nicht vorgegeben, thunlichst förmlicher Weise gestatten. Major Thys läßt in gewinnbringender

Absicht durch seine Agenten den Koran verkaufen. Dieser Auftrag schlägt in Brüssel wie eine Bombe ein, doch veröffentlicht ihn nicht die belgischen Blätter, da von den Kongohandelsgesellschaften ausdrücklich verboten wurde, eine gerichtliche Verfolgung des Aussatzes sei eingeleitet. Es war klar, daß nur ein Eingeweihter diesen Artikel verfaßt hätte, und Major Thys brachte schließlich heraus, daß der Verfasser des Aussatzes ein in Brüssel ansässiger früherer Beamter der Handelsgesellschaften Van Sulper ist; er verlängte ihn auf Berleundung und stellte den Antrag, ihn zur Zahlung von 20 000 Franks Schadensersatz zu verurteilen. Van Sulper bekannte sich als Verfasser und erklärte heute bei dem Beginn des Prozesses, daß er bereit sei, für alle von ihm eroberten Anschuldigungen den Wahrscheinbeweis anzutreten und dem Gesetz gemäß die Zulassung dieses Beweises forderte. Amofat Janou, als Vertreter des Majors Thys, vertröherte, daß Herr Thys „reine Hände“ habe, trat aber gegen die Zulassung des Wahrscheinbeweises in die Schranken; er behauptete, daß alle diese Anschuldigungen nur die Aktionäre angingen; der Prozeß drehe sich nur um die persönliche Verleumdung des Majors Thys. Janou gab zu, daß der Major ein Jahrgehalt von 47 500 Franks bekleidet, was, sobald er sich nach Afrika begleite, verdoppelt wird.

Die Vereins-Vorstände ersuchen ich, nach beiden Richtungen hin das Interesse der Vereinsmitglieder für den Gegenstand anzurufen und einen Jahresstrahl darüber zu berichten, was auf diesem Gebiete geschehen und welche Erfolge hierbei erzielt sind.

Thorn, 14. Juni. Wie verlautet, soll das 18. Infanterie-Regiment von Osterode nach Magdeburg verlegt werden.

Bredau, 14. Juni. Die Myslowitzer Polizeiverwaltung macht bekannt: Da seit dem 1. d. M. neue Cholerapläne nicht mehr vorliegen, wird die Stadt für cholerafrei erklärt; sämtliche in Beobachtung stehenden Personen entlassen werden. — Die heute erfolgte Untersuchung des in Reichenbach in Schlesien verstorbenen Autschers Ritter ergab Cholerausbruch.

Binneweberg, 14. Juni. Bei der gestrigen Reichstagssitzungswahl im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Binneweberg-Segeberg) erhielt: Molt (nationalliberal) 6091 Stimmen, Kosch (freis. Volkspart.) 5052 Stimmen, Raab (Anisemit) 2401 Stimmen und v. Elm (Sd.) 12 207 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Molt und von Elm stattgefunden.

Wilhelmshafen, 14. Juni. Das Panzerkanonenboot „Brummer“ brachte ein beim unerlaubten Fischen angetroffenes englisches Fischerschiff H. 889 ein.

Heilbronn, 14. Juni. Oberbürgermeister Heilmayer hat die Erklärung abgegeben, daß er am 1. d. M. und dessen Verteilung nicht mehr zurückspringen wolle; der durch diese Erklärung befriedigte Gemeinderat hat dagegen versprochen, Frieden zu halten.

München, 14. Juni. Der Prinz-Régent verließ dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Oberlandesgerichtsrat Walter, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone.

### Schweiz.

Bern, 14. Juni. Im Nationalrat wurde von einer Anzahl liberaler und radikaler Mitglieder der Antrag gestellt, der Bundesrat sollte untersuchen, ob nicht zum Schutze der öffentlichen Interessen und zur Verhütung bedauerlicher Verkommenisse eine Revision der Eisenbahn- und Altenzulassungsvorzeichnung vorgenommen sei.

Der Bundesrat hat den Schuhmacher Franz Kuehnel aus Setzen bei Teplitz (Böhmen), der sich in Zürich als Vorstandsmitglied des Vereins der unabhängigen Sozialisten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise bemerkbar gemacht hatte, ausgewiesen.

Der neu ernannte französische Botschafter Barreire versicherte bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens den Bundesrat, er möge nicht zum Schutze der öffentlichen Interessen und in Wagnis die erste Rate der Kreisentschädigung einzutreten, welche der verstorbenen Sultan von Marokko am 3. Mai Spanien zur Verfüzung gestellt hat. Die Blätter sprechen ihr Bedauern über das langsame Vorgehen der Finanzverwaltung in dieser Angelegenheit aus.

Der Kreuzer „Legazpi“ hat Cadiz verlassen, um nach Marokko zu gehen.

Der Minister des Innern, Buzigerer, erklärte einem Interviewer gegenüber, nach eingetroffenen amtlichen Nachrichten gebe die Lage in Marokko zu Beweisungen keinen Anlaß; es seien jedoch Maßnahmen getroffen, um jeder Eventualität vorzubeugen und die Truppen in Melilla zu verstärken.

Madrid, 14. Juni. Ein Beamter des Staatschases ist nach Cadiz abgereist, um sich dort mit den Truppen nach Marokko einzuschaffen und in Melilla die erste Rate der Kreisentschädigung einzutreten, welche der verstorbenen Sultan von Marokko am 3. Mai Spanien zur Verfüzung gestellt hat. Die Blätter sprechen ihr Bedauern über das langsame Vorgehen der Finanzverwaltung in dieser Angelegenheit aus.

Der Kreuzer „Legazpi“ hat Cadiz verlassen, um nach Marokko zu gehen.

Der Minister des Innern, Buzigerer, erklärte einem Interviewer gegenüber, nach eingetroffenen amtlichen Nachrichten gebe die Lage in Marokko zu Beweisungen keinen Anlaß; es seien jedoch Maßnahmen getroffen, um jeder Eventualität vorzubeugen und die Truppen in Melilla zu verstärken.

Madrid, 14. Juni. Die „Correspondencia“ bestätigt, daß Frankreich sich immutabel für die Verwirklichung der ersten vertraglichen Unternehmung, nach Kräften einzutreten, als es sich dabei zugleich um eine Angelegenheit handelt, welche höchst dem Interessen Stettins, auch diejenigen unserer gesammelten Provinzen angeht. Der Magistrat darf daher vertrauen, daß ich bei jeder Gelegenheit die Förderung der in seinem Bericht ausgesprochenen Wünsche mitgerne angelegen sein lassen werde.

Der Ober-Präsident, Staatsminister, gez. Puttkamer.

Mit Dank nimmt die Versammlung von dem Schreiben Kenntnis.

Auf den bestehenden Antrag aus der Ver-

fügung erklärt sich der Magistrat mit der ver-

suchten Einführung der stenographischen Aufnahmen der Stadtverord-

neten-Verhandlungen auf 1 Jahr unter-

folgenden Bedingungen einverstanden: 1. Die

stenographischen Aufnahmen der Verhandlungen mit einer Übertragung in Kurrentschrift sind vor-

dem Stenographen in 6 Tagen nach der Ver-

handlung dem Magistrat einzureichen. 2. Eine

Korrektur der stenographischen Aufnahmen und

Übertragungen ist nicht zulässig, auch darf

ein Stenograph eine Verfalschung oder Mitthei-

lung derselben an Zeitschriften nicht gestattet. 3.

Der Stenograph erhält für die Arbeiten zu 1.

nach der Dauer der Sitzungen der Stadtverord-

neten per Stunde 30 Mark, jede angefangene

Werkstunde für voll gerechnet. Der Magistrat

ermittelt seinerseits die auf 2420 Mark pro Jahr

wird letzterer mit der ganzen Vorlage ange-  
nommen, nachdem der Referent den Anmelung'schen  
Antrag noch dahin erweiterte, daß zunächst auch  
das Bureau Zustimmung zur Anerkennung geben  
sollte.

Eine Verbreiterung der Straße an  
der Ecke des Parade- und Königspalais (alte Kaiserin) hat sich schon lange im  
Interesse des Verkehrs als dringend nötig er-  
wiesen, und ist es angemerkt, daß der Magis-  
trat Verhandlungen angeknüpft hat, um eine  
solche zu ermöglichen. Die Verhandlungen haben  
auch zu einem günstigen Resultat geführt, wonach  
die Stadt durch die Verbreiterung ein Kostenau-  
wand von 8288 Mark erwachsen würde, und zwar  
3843 Mark für den Erwerb des 42,70 Quadrat-  
meter großen Terrain der Kaiserin (o Quadrat-  
meter 90 Mark), 480 Mark Erfahrung des  
Werthes der abzubrechenden Gebäude, 15 Mark  
Entschädigung an das Königs-Regiment für Fort-  
fall des Balkons, 2600 Mark für die Erfassbaren und  
1350 Mark an Strafenkosten, dazu kämen  
dann noch die Vertragskosten.

Herr Dr. Graham kann erkennt an, daß  
durch Annahme der Vorlage einem Nebelstand  
abgeholzt werde, er glaubt aber, daß das Grund-  
stück bald verkauft und umgebaut würde und es  
dann in der Hand der Stadt liege, dem Bau-  
herrn die Verpflichtung auf die Abschrägung der  
Ecke vor Erteilung des Konzentes aufzuerlegen.

Herr Oberbürgermeister Haken entgegnet,  
daß man auch ein Zwang nicht ansetzen, sondern  
dass abgetretene Terrains angekauft werden müsse.

Die Vorlage wird angenommen.

Für die Inventar-Beschaffung  
zur Ottoschule werden 27600 Mark be-  
willigt, nachdem Herr Dr. Kolisch und Herr  
Dr. Graham einige Aufgaben über die Art  
einzelter Inventarstücke gestellt und diese in be-  
friedigender Weise beantwortet wurden.

Herr Prof. Dr. Kühl bittet, daß darauf  
besonders Rücksicht genommen werde, daß bei An-  
schaffung der Bänke nicht schablonenhaft verfahren  
werde.

In der Sitzung vom 19. April beschlossen die  
Stadtverordneten, den Magistrat um Auskunft  
über den Befund des baulichen Zustandes der  
drei Sellhäuser zu ersuchen. Diese Aus-  
kunft liegt vor und referiert Herr Manasse

darin, daß der Magistrat seine technischen Mittel  
durchaus nicht gezeigt, ein richtiges Urtheil über  
das Wasser zu geben. Selbst wenn dasselbe den  
von dem Reichsgesundheitsamt gestellten Anforde-  
rungen entspreche, enthalte es oft eine größere  
Menge organischer Substanzen.

Herr Oberbürgermeister Haken vertheidigt  
die Magistratsvorlage und kommt zu dem Schlus,  
daß der Magistrat sein drittes technisches Mit-  
glied mehr gebraucht, sondern daß ihm ein er-  
fahrener Jurist oder Verwaltungsbeamter Be-  
dürfnis sei.

Herr Kelm hält es auch für dringend er-  
forderlich, daß das Dezeriat der Wasserleitung  
ein technisches Mitglied des Magistrats über-  
wiesen werde; zu bedauern sei es, daß dies nicht  
durchaus nicht gezeigt, ein richtiges Urtheil über  
das Wasser zu geben. Selbst wenn dasselbe den  
von dem Reichsgesundheitsamt gestellten Anforde-  
rungen entspreche, enthalte es oft eine größere  
Menge organischer Substanzen.

Herr Oberbürgermeister Haken vertheidigt  
die Magistratsvorlage und kommt zu dem Schlus,  
daß der Magistrat sein drittes technisches Mit-  
glied mehr gebraucht, sondern daß ihm ein er-  
fahrener Jurist oder Verwaltungsbeamter Be-  
dürfnis sei.

Herr Baumann Meyer erklärt, daß auch  
hier auf Verlangen stets seitens der Bau-  
deputation eine spezielle Abrechnung gegeben  
sei. Damit ist die Sache erledigt.

Der Magistrat erfüllt die Versammlung, sich  
damit einverstanden zu erklären, daß von dem  
Magazin-Grundstück ein 5 Meter breiter Streifen  
vorlängs des Wehrmeister'schen Hauses zur Her-  
stellung einer Verbindung zwischen der

Magazin- und Schlossengartenstraße ab-  
getrennt wird, um dem Besitzer die Anlage von  
3 Fenstern nach der Seite des Magazin-Grund-  
stückes zu ermöglichen.

Herr Dr. Kolisch tritt der allgemeinen  
Ansicht entgegen, daß die Juristen Alles feinen  
und verstehen sollen, jedenfalls arbeite sich ein  
Praktiker in jede Lage schneller ein.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird  
die Magistratsvorlage mit 21 gegen 18 Stimmen  
und der Antrag des Herrn Gollnow gleichfalls mit 20 gegen 19 Stimmen  
abgelehnt, damit ist die Anstellung eines  
neuen Stadtraths abgelehnt und bleibt es bei dem  
bisherigen Provisorium.

Im vorigen Etatsjahr wurde zu den Her-  
stellungsarbeiten des Kaiser Wilhelm-  
Platzes durch Beschluss der Stadtverordneten  
für die Einlagen wieder auf 3 Prozent zu er-  
mäßigen, worüber die Verhandlungen wieder im  
Gange seien.

Herr Dr. Amelung hält letzteres bringend  
nötig, da gegenwärtig die Sparkasse der Stadt  
nichts einbringe, sondern lege sie auf.

Herr Bürgermeister Giesebeck wider-  
spricht der Ausführung, daß die Sparkasse bisher  
etwas zugesetzt habe. Eine größere Ein-  
nahme könnte die Stadt aus der Sparkasse er-  
zielen, wenn der Beitrag zum Reservefonds auf  
3 Prozent ermäßigt würde, wie dies zulässig sei.

Von dem Kultusminister Dr. Voigt liegt ein  
Schreiben vor, in welchem derfelbe den Magistrat  
benachrichtigt, daß der Entwurf des Bildhauers  
Mangel für den auf dem Platz zwischen Rathaus  
und Post aufzustellenden in o n u m e l a u  
Brunn en genehmigt und dem Bildhauer  
Mangel die Ausführung übertragen ist. Gleich-  
zeitig hat der Minister dem Magistrat anheinge-  
stellt, die Genehmigung zur Ausstellung der drei  
östlichen Modelle in Stettin nach Schluss der Ver-  
linner Ausstellung zu beantragen. Der Magistrat  
hat beschlossen, dem Herrn Minister den Dank der  
Stadt Stettin auszusprechen und für die Veran-  
staltung einer Ausstellung der drei zu engen  
Wettbewerbsmodelle zum Brunn en, sowie durch  
notwendige Vorarbeiten zur Ausführung erwach-  
sen könnten, die Summe von 1000 Mark bereit  
zu stellen. — Die Versammlung tritt den Be-  
schluss des Magistrats einstimmig bei.

Das Projekt zum Erweiterungsbau  
des Feuerwehrgebäudes wird dem An-  
schlag vom 15. Mai er. gemäß genehmigt, welcher  
mit einem Kostenanschlag von 105 300 Mark ab-  
schließt, wovon 101 000 Mark auf den Erweite-  
rungsbau kommen.

Der Magistrat hat eine Vorlage eingeholt,  
in welcher er um Zustimmung erucht, daß für  
die im Etat verlangte neue Stadtrath-  
stelle die Qualifikation zum Richteramt oder  
höheren Verwaltungsdienst, sowie eine mindestens  
jährliche Beschäftigung mit dieser Qualifikation  
in staatlicher oder kommunaler Verwaltung ver-  
langt und das Gehalt auf 6000 Mark fest-  
gesetzt werde. Die neue Stelle wird durch die  
Übernahme der Polizeiverwaltung, die Einrich-  
tung des Gewerbedirektors und die soziale Gesetz-  
gebung auf anderen Gründen angefochten worden.

Berlin, den 14. Juni 1894.  
Deutsch. Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.

Dtsch. Bln. 1/4% 105,100 B Westf. Pf. 4% —  
do. 3/4% 102,100 B do. 3/4% 99,500 B  
Pr. Con. Bln. 1/4% 105,250 B Westf. Pf. 3/2% 98,925 B  
do. 3/4% 102,300 B Kur. Min. 4% 104,100 B  
Pr. Et. 2/1% 100,750 B Laub. Min. 4% 104,000 B  
M. Et. Sch. 3/2% 100,250 B Bonn. do. 4% 104,200 B  
Perf. St. D. 3/2% 100,200 B do. 3/4% 99,500 B  
do. 3/4% 100,200 B Bozen. do. 4% 104,000 B  
Stett. Städte. 3/2% 100,200 B Preu. do. 4% 104,250 B  
Arl. 89 3/2% — B Mh. W. Pf. 4% 104,250 B  
Wip. B. 3/2% 97,900 B Renten. 4% 104,100 B  
Berl. Pf. 5% 109,250 B Sächs. do. 4% 104,100 B  
do. 4/1% 103,250 B Schle. do. 4% 104,000 B  
do. 4% 103,100 B Sch. Holl. 4% 104,100 B  
do. 3/2% 100,000 B Bonn. do. 4% 104,000 B  
Kurz. Bln. 3/2% 99,800 B Baier. Ar. 4% 106,000 B  
do. 4% 100,200 B Hamb. Städte. 4% 100,200 B  
Laud. 4% 100,200 B Arl. 183 3% 99,000 B  
Central. 3/2% 99,500 B Hamb. Rent. 3/2% 100,250 B  
Brand. 3% 89,500 B do. amort. 5% 100,250 B  
Dtsch. Pf. 3/2% 98,800 B Staats. 3/2% 99,700 B  
Bonu. do. 3/2% 99,700 B Pr. Ar. — 121,300 B  
do. 4% 102,900 B Baier. Präm. 4% 104,200 B  
Polen. do. 4% 102,900 B Anteile. 4% 146,200 B  
do. do. 3/2% 99,000 B Cöln. Min. 4% 104,200 B  
Sächs. 4% — B Bräm. A. 3/2% 103,250 B  
Sch. Höf. 4% 105,000 B Mein. T. G. 25,000 B  
Brand. 3/2% 98,700 B Loope. — 25,000 B  
Vorl. 4% — B

Verhandlungs-Gesellschaften.

Aachen-Münch. Elber. 3% 180 B —  
Fener. 460 161,000,000 Germania 45 107,000,000  
Berl. Fener 144 213,000,000 Mgd. Fener 50 350,000,000  
B. B. W. 120 170,000,000 do. Akteb. 40 760,000,000  
Berl. Leb. 187 380,000,000 Preu. Leb. 40 780,000,000  
Coloni. 300 750,000,000 Preu. Ak. 15 715,000,000  
Concordia. 48 1100,000,000

gerung und die hierdurch vermehrten Arbeiten

erforderlich.

Herr Müller als Referent weist zunächst

darauf hin, daß anfangs für die neue Stadt-

rathstelle ein Bautechuster in Aussicht genommen

war, dem das Dezeriat der Wasserleitung und

Gasanstalt zugestellt werden sollte. Später habe

sich der Magistrat jedoch in seiner Majorität

für einen Juristen ausgesprochen, der schon Erfahrung

im Verwaltungsdienst gesammelt habe. Die

Finanzkommission hat mit 5 gegen 4 Stimmen

entschieden, die Verhandlungen

die Zustimmung

zu erteilen

gewünscht.

Herr Dr. Graham kann erkennt an,

dass durch Annahme der Vorlage einem Nebelstand

abgeholzt werde, er glaubt aber,

dass das Grund-

stück bald verkauft und umgebaut würde und es

dann in der Hand der Stadt liege, dem Bau-

herrn die Verpflichtung auf die Abschrägung der

Ecke vor Erteilung des Konzentes aufzuerlegen.

Herr Oberbürgermeister Haken entgegnet,

dass man auch ein Zwang nicht ansetzen,

sondern dass abgetretene Terrains angekauft werden müsse.

Die Vorlage wird angenommen.

Für die Inventar-Beschaffung

zur Ottoschule werden 27600 Mark be-  
willigt, nachdem Herr Dr. Kolisch und Herr

Dr. Graham einige Aufgaben über die Art

einzelter Inventarstücke gestellt und diese in be-  
friedigender Weise beantwortet wurden.

Herr Prof. Dr. Kühl bittet, daß darauf

besonders Rücksicht genommen werde, daß bei An-

schaffung der Bänke nicht schablonenhaft verfahren

werde.

In der Sitzung vom 19. April beschlossen die

Stadtverordneten, den Magistrat um Auskunft

über den Befund des baulichen Zustandes der

drei Sellhäuser zu ersuchen. Diese Aus-

kunft liegt vor und referiert Herr Manasse

darin, daß der Magistrat seine technischen Mittel

durchaus nicht gezeigt, ein richtiges Urtheil über

das Wasser zu geben. Selbst wenn dasselbe den

von dem Reichsgesundheitsamt gestellten Anforde-  
rungen entspreche, enthalte es oft eine größere  
Menge organischer Substanzen.

Herr Oberbürgermeister Haken vertheidigt

die Magistratsvorlage und kommt zu dem Schlus,

daß der Magistrat sein drittes technisches Mit-  
glied mehr gebraucht, sondern daß ihm ein er-  
fahrener Jurist oder Verwaltungsbeamter Be-  
dürfnis sei.

Herr Kelm hält es auch für dringend er-  
forderlich, daß das Dezeriat der Wasserleitung

ein technisches Mitglied des Magistrats über-  
wiesen werde; zu bedauern sei es, daß dies nicht  
durchaus nicht gezeigt, ein richtiges Urtheil über

das Wasser zu geben. Selbst wenn dasselbe den

von dem Reichsgesundheitsamt gestellten Anforde-  
rungen entspreche, enthalte es oft eine größere  
Menge organischer Substanzen.

Herr Oberbürgermeister Haken vertheidigt

die Magistratsvorlage und kommt zu dem Schlus,

daß der Magistrat sein drittes technisches Mit-  
glied mehr gebraucht, sondern daß ihm ein er-  
fahrener Jurist oder Verwaltungsbeamter Be-  
dürfnis sei.

Herr Baumann Meyer erklärt, daß auch

hier auf Verlangen stets seitens der Bau-  
deputation eine spezielle Abrechnung gegeben

sei. Damit ist die Sache erledigt.

Der Magistrat erfüllt die Versammlung, sich  
damit einverstanden zu erklären, daß von dem

Magazin-Grundstück ein 5 Meter breiter Streifen

vorlängs des Wehrmeister'schen Hauses zur Her-  
stellung einer Verbindung zwischen der

Magazin- und Schlossengartenstraße ab-  
getrennt wird, um dem Besitzer die Anlage von  
3 Fenstern nach der Seite des Magazin-Grund-  
stückes zu ermöglichen.

Herr Dr. Kolisch tritt der allgemeinen  
Ansicht entgegen, daß die Juristen Alles feinen  
und verstehen sollen, jedenfalls arbeite sich ein  
Praktiker in jede Lage schneller ein.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird  
die Magistratsvorlage mit 21 gegen 18 Stimmen  
und der Antrag des Herrn Gollnow gleichfalls mit 20 gegen 19 Stimmen  
abgelehnt, damit ist die Anstellung eines  
neuen Stadtraths abgelehnt und bleibt es bei dem  
bisherigen Provisorium.

Herr Baumann Meyer erklärt, daß auch

hier auf Verlangen stets seitens der Bau-  
deputation eine spezielle Abrechnung gegeben

sei. Damit ist die Sache erledigt.

Der Magistrat erfüllt die Versammlung, sich  
damit einverstanden zu erklären, daß von dem

Magazin-Grundstück ein 5 Meter breiter Streifen



